

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**20.01.2022
HHA**Fraktion DIE LINKE**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **Psychiatrie ohne Zwang Teil 2**Einzelplan **08** **Hessisches Ministerium für Soziales und Integration**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 07 Besondere Transferleistungen
Buchungskreis: 2795Förderproduktnummer 10
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Hilfen für psychisch kranke Menschen

	Veränderung		
	von	um	auf
Leistungsplan:	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	4.300,0	+7.200,0	11.500,0
Produktabgeltung	4.300,0	+7.200,0	11.500,0

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.**Begründung des Änderungsantrags:**

Hessen benötigt einen flächendeckenden Ausbau der ambulanten psychiatrischen Versorgung, insbesondere funktionierende Krisendienste mit ständiger Erreichbarkeit und ausreichend festangestelltem Fachpersonal, um niedrigschwellige Unterstützungsansätze auf hohem fachlichen Niveau umsetzen zu können. Dabei sollen der systemischen Arbeit und Konzepten wie dem Offenen Dialog eine Schwerpunktrolle zukommen. Die hervorragende Arbeit des Caritas-Krisendienstes Südhessen kann hier als eine mögliche Vorlage dienen. Zudem muss, auch angesichts der Veröffentlichungen zu Skandalen in hessischen Psychiatrien im Jahr 2019, ein funktionierendes unabhängiges Beschwerdesystem in Land und Kommunen etabliert und ausfinanziert werden.

Für die zusätzlich bereitgestellten Mittel werden folgende Ausgaben vorgesehen:

Anschubfinanzierung unabhängiges Beschwerdesystem: 500.000 Euro

Stärkung Besuchskommissionen: 200.000 Euro

Flächendeckender Ausbau von ambulanten Krisendiensten unter Einbeziehung und Mitfinanzierung der gesetzlichen und privaten Krankenkassen (24/7-Erreichbarkeit sowohl telefonisch und digital, als auch mit aufsuchenden Angeboten und Krisenpensionen/-wohnungen; enge Anbindung an lokale Strukturen): 3,5 Mio. Euro

Ausbau der Sozialpsychiatrischen Dienste in den Kommunen: 3 Mio. Euro

Wiesbaden, 19.01.2022

Für die Fraktion
DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende:

Jan Schalauske